

(21.10.2016 –03.11.2016)

Grüner Pressespiegel

Karin Müller, MdL

**03.11.2016 - Gitterzulage“ für
Strafvollzugsbedienstete: Wertschätzung der
außergewöhnlichen Leistung für das Allgemeinwohl**

Nach Ansicht der GRÜNEN im Landtag ist die Einführung der sogenannten Gitterzulage für die Strafvollzugsbediensteten des Landes ein Meilenstein hessischer Justizpolitik. „Unsere Vollzugsbediensteten haben einen vielfältigen und spannenden Job. Sie leisten dabei einen unverzichtbaren Beitrag für Rechtsfrieden, Sicherheit und somit das Allgemeinwohl“, erläutert Karin Müller, rechtspolitische Sprecherin der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Zugleich ist die Tätigkeit mit enormen Herausforderungen verbunden. Sie sind es, die den gesetzlich festgeschriebenen Auftrag der Resozialisierung mit Leben füllen. Diese vollzugsspezifisch besonderen Aufgaben verdienen auch monetär besonderer Wertschätzung. Wir sind daher sehr glücklich, dass es uns gelungen ist, die sogenannte Gitterzulage im Haushalt 2017 zu verankern.“ Diese „Gitterzulage“ ist eine Stellenzulage, die zusätzlich zum Grundgehalt gezahlt werden wird. Die Einführung der Zulage werde vor allem die unteren Einkommensschichten stärken. „Nach der vorherigen Anhebung der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten, leisten wir mit der Einführung der Gitterzulage einen weiteren Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit. Diese Zulagen verbessern die Einkommenssituation unterer Besoldungsgruppen erheblich“, so Müller. „Eine solche Zulage erhalten bislang bereits Polizistinnen und Polizisten, die im besonders belastenden Vollzugsdienst tätig sind. Zusätzlich werden nun auch die Justizvollzugsbediensteten von dieser Zulage profitieren, die schließlich vergleichbaren belastenden Situationen ausgesetzt sind. Wir vereinheitlichen damit den Bereich der Vollzugsdienste konsequent.“ Die GRÜNEN betonen, dass gesellschaftlicher Frieden besonders auch von der Arbeit der Vollzugsbediensteten abhängt. „Entscheidend für die Sicherheit und den sozialen Frieden in einer Gesellschaft ist vor allem die Frage, wie der Staat mit Menschen umgeht, die Fehler begangen haben und deshalb im Gefängnis sind. Wir in Hessen wollen diese Menschen auf ein verantwortliches Leben in Freiheit vorbereiten. Das haben wir gesetzlich nun auch ausdrücklich festgeschrieben. Dafür braucht es aber motivierte und idealistische Vollzugsbedienstete, die immer zum Wohle der Gefangenen handeln. Unsere Strafvollzugsbediensteten machen da einen tollen Job. Schon des Öfteren hatte ich die Gelegenheit, mich

auch persönlich davon zu überzeugen. Für diese engagierte Arbeit ein herzliches Dankeschön“, schließt Müller ab.

Kreisverband

**02.11.2016 - Kasseler Grüne stellen Weichen für das
Wahljahr 2017**

2017 wird für die Kasseler Grünen erneut ein wichtiges Wahljahr. Im März findet die Oberbürgermeisterwahl statt und im September folgt die Bundestagswahl.

In ihrer Kreismitgliederversammlung am Donnerstag, den 03.11.2016 werden die Kasseler Grünen ihre Kandidat*innen aufstellen.

Wie bereits berichtet, wird der Kasseler Parteivorstand Eva Koch als Grüne Kandidatin für die Oberbürgermeisterwahl vorschlagen.

Um das Bundestagsmandat im Wahlkreis 168 bewirbt sich Boris Mijatovic, langjähriges Fraktionsmitglied und Parteivorsitzender der Kasseler Grünen.

Nicole Maisch, MdB

01.11.2016 - Schmidts Gentechnik-Comeback stoppen

Agrarminister Schmidt will schon am 2. November sein Gentechnik-Wiedereinstiegsgesetz vom Bundeskabinett absegnen lassen. Nicole Maisch, grüne Abgeordnete für Nordhessen, kritisiert dies scharf: Schmidts Gesetzentwurf ist ein Gentechnik-Wiedereinstiegs- und kein Gentechnik-Verbotsgesetz. Obwohl die große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland Genmais ablehnt, sucht der Minister immer neue Schlupflöcher und Hintertüren. Statt sich um ein klares flächendeckendes Anbauverbot zu kümmern, macht er den Ländern mit seinem Gentechnik-Gesetzentwurf ein faules Angebot. Sie könnten zwar ein bundesweites Verbotungsverfahren anstoßen, aber das Veto nur eines einzigen Bundesministeriums oder nur eines einzigen Bundeslandes würde reichen, um es zu verhindern oder wieder zu kippen.

Dass es Schmidt nicht um eine Verhinderung des Gentechnik-Anbaus, sondern um den mittelfristigen Wiedereinstieg geht, wird auch dadurch deutlich, dass er bürokratische Hürden und Verschärfungen einbaut, die es nach EU-Recht gar nicht braucht. Das zeigt: Schmidts Anbauverbote sollen offensichtlich gar nicht funktionieren. Deshalb haben wir Grüne jetzt den vernünftigen Gesetzentwurf des Bundesrats ins parlamentarische Verfahren eingebracht.

Doch auch im Bundestag zeigte die CDU deutlich, dass sie im Grunde ihres Herzens eine Pro-Gentechnik-

Partei ist. Die SPD teilt dagegen unsere zentralen Kritikpunkte an Schmidts untauglichem Gesetzentwurf und an den bevorstehenden Genmais-Anbauzulassungen. Deshalb müssen Gabriel, Hendricks und ihre SPD-KabinettskollegInnen konsequent sein und Schmidts Kabinettsvorlage stoppen, sonst verspielen sie die Glaubwürdigkeit ihrer Partei beim Thema Gentechnik! Das müssen die nordhessischen SPD-Abgeordneten ihnen jetzt unmissverständlich klar machen! Aber auch die CDU-Abgeordneten sollten ihren BundesministerInnen vermitteln, dass man mit einem derartigen Pro-Gentechnik-Kurs Politik gegen breite Mehrheiten macht. Das muss Michael Roth ihnen jetzt unmissverständlich klar machen! Aber auch Helmut Heiderich sollte seinen BundesministerInnen vermitteln, dass man mit einem derartigen Pro-Gentechnik-Kurs Politik gegen breite Mehrheiten macht.

Mitte November wird die Bundesregierung voraussichtlich in Brüssel schon wieder Genmais-Anbauzulassungen durchwinken. Das widerspricht allen Ankündigungen und Versprechungen der Großen Koalition und der Bundesregierung. Denn: Wer die Zulassung nicht ablehnt, ermöglicht sie – und spielt mit beim Plan der Agrarkonzerne, die so mit ein paar gönnerhaften Anbau-Ausnahmen die langersehnte Europa-Zulassung für ihre Gentechnik-Pflanzen erreichen wollen.

Aber es ist eben nicht egal, ob wir in Europa einen Flickenteppich aus Ländern mit und ohne Gentechnik-Anbau haben. Wer Genmais auf dem Acker ablehnt, muss auch gegen eine Anbauzulassung in Europa stimmen! Dass SPD und Union sich geweigert haben, rechtzeitig im Bundestag über unseren Antrag abzustimmen, zeigt: die Beteuerung, dass sie die Bedenken der Menschen gegen Gentechnik-Pflanzen ernst nehmen, ist komplett unglaubwürdig.

Rathausfraktion

28.10.2016 - Sicherheit von Schüler*innen hat oberste Priorität

„Die Sicherheit von Schüler*innen hat für uns oberste Priorität“, versichert Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, schulpolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion. „Zur Verbesserung der Sicherheit an der Paul-Julius-von-Reuter-Schule schlägt die grüne Rathausfraktion daher vor, eine temporäre Alkoholverbotszone im Umfeld der Schule einzuführen. Das Verbot soll auf die Schulöffnungszeiten begrenzt sein.“

Auch wenn Alkoholverbotzonen die Probleme nur verdrängen und nicht lösen, sei das Schutzbedürfnis im schulischen Umfeld höher zu bewerten. Aus den fortlaufenden Gesprächen der Stadt mit Polizei und Ordnungsamt habe sich ergeben, dass in diesem konkreten Fall nur eine Verdrängung der Szene eine spürbare Verbesserung für die Schülerinnen und

Schüler bringen würde. Wenn es um Sicherheit geht, gebe es leider keine einfachen Lösungen, da der Schulablauf natürlich auch nicht unter den Sicherheitsmaßnahmen leiden dürfe. „Wir stehen gemeinsam mit der Stadt an der Seite der Schule, um den Schülerinnen und Schülern ein Umfeld zu schaffen, in dem sie ohne Beeinträchtigung Lernen können und sicher sind“, so van den Hövel.

Karin Müller, MdL & Kasseler Grüne

27.10.2016 - Kassels Innenstadtbereich attraktiv gestalten – Förderprogramm Aktive Kernbereiche

„Unsere Stadt soll lebendig sein. Dafür benötigen wir auch einen attraktiven Innenstadtbereich, in dem sich alle wohl fühlen und sich gern aufhalten. Daher sind wir sehr froh, dass Kassel auch 2016 vom Innenstadtförderprogramm „Aktive Kernbereiche in Hessen“ profitiert und über 700.000 Euro erhält. Damit kann unser Stadtteilzentrum weiter an Qualität gewinnen. „Die Aufnahme der Bereiche rund um die Friedrich-Ebert-Straße inklusive des Bereichs Annastraße, wo der Grünzug der sogenannten „Grünen Banane“ neu entwickelt wird, profitiert vom Förderprogramm des Landes Hessen. Die Neugestaltung der „Grünen Banane“ wird als durchlaufender Grünzug für Naherholung im innerstädtischen Raum sorgen. Die Friedrich-Ebert-Straße hat sich nach dem erfolgreichen Umbau zum attraktiven Wohn- und Lebensraum entfaltet und lädt immer mehr Bürger*innen zum Bummeln und Flanieren ein“, so die Kasseler Landtagsabgeordnete Karin Müller und Boris Mijatovic, Vorsitzender der Kasseler Grünen.

„Die Herausforderung liegt darin, die vielen Aspekte einer lebendigen Innenstadt zu vereinen und dabei den Charakter unserer Stadt zu bewahren. Einzelhandel im Zentrum, Wohnen und Kultur gehören gleichermaßen zu einem attraktiven Kernbereich. Innenstädte müssen aber auch Standorte für Unternehmen, Möglichkeiten zum Arbeiten und eine intelligente Verkehrsführung bieten. Das Quartier Friedrich-Ebert-Straße ist mit vielerlei Auswahl an inhabergeführten Geschäften, einer hohen Gastronomiedichte sowie vielen Kultureinrichtungen ein gutes Beispiel für ein attraktiven Boulevard.“ Einst war der zentrale Marktplatz selbstverständlicher Mittelpunkt der Städte. Später wanderten Einkaufen oder Wohnen oft in Randgebiete, so dass der Kern mancherorts nicht mehr die Funktion eines aktiven und zentralen Versorgungsbereichs erfüllt. „Das Förderprogramm setzt genau hier an und hilft, die Stadtzentren wieder zu beleben. Denn mitten in der Stadt einkaufen, leben, Freizeit verbringen und arbeiten, das sind die Grundpfeiler einer lebendigen Stadt“, erläutert Müller. „Besonders froh sind wir dabei über die Neuaufnahme von Klimaschutzaspekten im Förderprogramm. Beispielsweise tragen die energetische

Modernisierung von Gebäuden oder attraktive Fuß- und Radwege durch die Innenstadt eine Menge für aktiven Umwelt- und Klimaschutz bei. Das ist vor allem aus grüner Sichtweise ein wichtiger Aspekt, den wir auch in Kassel weiterhin berücksichtigen wollen.“

Land und Bund stellen den hessischen Kommunen in diesem Jahr 14,4 Millionen Euro zur Aufwertung ihrer Innenstädte zur Verfügung. Dazu kommt der kommunale Eigenanteil, und so werden 2016 insgesamt rund 21,6 Millionen Euro in die hessischen Innenstädte und Ortskerne investiert – ein wesentlicher Anteil davon für Wohnprojekte in der Innenstadt. Die derzeit beteiligten 20 hessischen Städte und Gemeinden sowie zwei interkommunale Gruppen mit insgesamt fünf Standorten sind bereits seit einigen Jahren im Programm „Aktive Kernbereiche“ integriert. Sie können jährlich über einen Zeitraum von zehn Jahren von weiteren Fördermitteln profitieren. Mit diesem Geld können die Gestaltung von Straßen, Plätzen und Freiflächen finanziert, die energetische Modernisierung und Instandsetzung von Immobilien vorangetrieben oder bauliche Investitionen in kulturelle oder soziale Einrichtungen vorgenommen werden.

Kreisverband

27.10.2016 - Parteivorstand schlägt Eva Koch als Oberbürgermeister-Kandidatin vor

„Der Parteivorstand der Kasseler Grünen hat einstimmig beschlossen, unserer Mitgliederversammlung Eva Koch als grüne Kandidatin für die Wahl zur Oberbürgermeisterin vorzuschlagen“, so Vanessa Gronemann, Parteivorsitzende der Kasseler Grünen. „Mit Eva Koch haben wir eine erfahrene Kommunalpolitikerin, die unsere grünen Positionen bereits als Spitzenkandidatin im Kommunalwahlkampf vertreten hat.“

„Ich freue mich über das Vertrauen des Vorstands und werde in der kommenden Woche bei der grünen Kreismitgliederversammlung für meine Kandidatur werben. Eine Bewerbung für das Amt der Oberbürgermeisterin in Kassel ist eine verantwortungsvolle Aufgabe – diese Herausforderung werde ich gerne annehmen“ so Eva Koch, die aktuell stellvertretende Vorsitzende und Sprecherin für Verkehr und Mobilität der grünen Rathausfraktion ist. „Kassel ist eine wunderschöne und in vielen Bereichen bereits grüne Stadt. Ich werde mich dafür einsetzen, dass sich die tolle Entwicklung Kassels mit Herz, Verstand und grünen Ideen fortsetzt.“

Eva Koch, 54, arbeitet als selbstständige Ingenieurin, lebt seit 25 Jahren in Kassel und ist seit über zehn Jahren in der Kommunalpolitik aktiv.

Karin Müller, MdL & Kasseler Grüne

26.10.2016 - Kassels Stadtteile lebendig gestalten - Förderprogramm Soziale Stadt

Niemand soll sich an den Rand gedrängt fühlen, alle Menschen sollen gut leben und wohnen können. Deshalb freuen wir uns, dass die Kasseler Stadtteile Rothenditmold und Wesertor weiterhin vom Förderprogramm „Soziale Stadt“ profitieren. Neu aufgenommen in der Förderliste sind zudem die Stadtteile Forstfeld und Waldau. Insgesamt stellt die Landesregierung rund 1,5 Millionen Euro für die Weiterentwicklung der Kasseler Stadtteile zur Verfügung. „Damit können wir gemeinsam mit den Menschen vor Ort attraktive Wohn- und Lebensbedingungen schaffen, so dass sich Jede und Jeder in unserer Stadt wohlfühlen kann“, erklären die Kasseler Landtagsabgeordnete Karin Müller und Vanessa Gronemann, Kreisvorsitzende der Kasseler Grünen. „Zukünftig sollte aber auch der Stadtteil Wehlheiden im Programm Berücksichtigung finden, denn auch dieser Teil unserer Stadt, benötigt die Chance sich sozial, ökologisch, kulturell und ökonomisch weiter zu entfalten.“

„Stadtteile entwickeln sich über die Jahrzehnte unterschiedlich, haben ihre jeweils eigene Geschichte und teilweise besonderen Entwicklungsbedarf. Genau da setzt das Förderprogramm ‚Soziale Stadt‘ an. Es bindet die Menschen vor Ort eng in die Planung und die praktische Umsetzung ein, denn sie wissen am besten, an welchen Stellen etwas passieren muss. Das fördert den Gemeinschaftsgedanken, regt zum Mitmachen an und wirkt deshalb nachhaltig.“

Dabei gehe es vor allem darum, die verschiedenen Bereiche des Lebens im Blick zu haben und diese miteinander zu verbinden. „Dazu gehören beispielsweise eine gute Jugend- und Sozialarbeit, Möglichkeiten für Ausbildung und Beschäftigung, aber auch ansprechende Kultur- und Freizeitangebote und eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung. Wir wollen in Kassel eine bessere Lebens- und Wohnqualität in all diesen Bereichen schaffen. Das lässt sich am allerbesten mit den Anwohnern und den betreffenden Akteuren im Quartier bewältigen“, erläutern Müller und Gronemann.

Mit dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ unterstützt die Landesregierung seit 1999 bestimmte Stadtgebiete, um soziale und ökonomische Probleme in innerstädtischen und innenstadtnahen Stadtgebieten sowie in großen Wohnsiedlungen am Stadtrand zu beheben. Dabei steht die Kooperation mit den Bürgerinnen und Bürgern aus dem jeweiligen Quartier im Vordergrund. Die Landesregierung hat jetzt bekannt gegeben, dass zu den bisherigen 26 Standorten für das Programm vier weitere Stadtteile aufgenommen wurden. Somit bekommen nun 30 Standorte in 22 Städten und Gemeinden rund 20,9 Millionen Euro. Das Fördergeld stammt jeweils zur Hälfte aus Bundes- und Landeshaushalt. Die Kommunen selbst beteiligen sich mit weiteren rund 10,4 Millionen Euro.

Karin Müller, MdL

26.10.2016 - Hessen Champions 2016 - Auszeichnung für Kasseler Unternehmen

In der Kategorie Innovative Lösungen und kontinuierliche Weiterentwicklung erhielt die Kasseler SMINNO GmbH die Auszeichnung zum Hessen Champion 2016. Die Kasseler Landtagsabgeordnete gratuliert dem Unternehmen, welches unter anderem mit der weltweit ersten Fahrradfreisprecheinrichtung, CESAcruise, glänzt.

„Diese Ehrung ist eine verdiente Anerkennung für die Innovationskraft und den Fleiß des Kasseler Unternehmens“, so Müller. „Kassel lebt von innovativen Ideen und zeichnet sich schon längst durch eine beachtliche Wirtschaftskraft und große Entwicklungspotenziale aus.“

Der „Hessen-Champion“ ist der Innovations- und Wachstumspreis des Bundeslandes und zeichnet Unternehmen aus, die in Hessen durch Spitzenleistungen glänzen. Er wird vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände und der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Hessen vergeben.